

II-6276 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

WIEN, am 23. Dezember 1988

DVR: 0000060

GZ. 605.02.02/15-II.2/88

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten
zum Nationalrat Dr. Dillersberger und
Genossen betreffend einen Artikel in
der Wochenzeitung "Politik präsent"
über Südtiroler Autonomie und EG-Recht
(2964/J-NR/88)

2865 IAB
1988 -12- 27
zu 2964 IJ

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament
W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Dillersberger und Genossen haben am 11. November 1988 unter der Nummer 2964/J-NR/88 an mich eine schriftliche Anfrage betreffend eines Artikels in der Wochenzeitung "Politik-präsent" zum Thema der voraussichtlichen Auswirkungen des EG-Rechts auf die Südtiroler Autonomie gerichtet, welche den folgenden Wortlaut hat:

- "1. Ist Ihnen der zitierte Artikel in "Politik präsent" bekannt?
2. Hat sich das österreichische Aussenministerium mit der darin aufgezeigten Problematik bereits beschäftigt, wenn ja, mit welchem Ergebnis?
3. Welche Konsequenzen ziehen Sie aus den nunmehr aufgezeigten offensichtlichen Schwachstellen des "Pakets"?
4. Sind Sie bereit, mit Italien neuerlich in Verhandlungen über eine Abänderung bzw. Verbesserung der in Frage gestellten Regelungen einzutreten?"

- 2 -

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1: Der zitierte Artikel in der Wochenzeitung "Politik präsent" ist mir bekannt.

Zu 2: Das österreichische Aussenministerium beschäftigt sich seit längerem mit dieser Problematik und ist zu der Auffassung gelangt, dass die Verantwortung für eine Vereinbarkeit des EG-Rechtes mit den Italien aus dem Pariser Vertrag entstandenen Verpflichtungen primär bei Italien liegt. Dies gilt auch für mögliche Auswirkungen auf Teilbereiche der Autonomie, soweit sie von Paket und Operationskalender geregelt sind.

Was die unmittelbaren Auswirkungen des in Entstehung begriffenen Binnenmarktes auf Südtirol betrifft, so wird dieser Frage österreichischerseits nicht eine solche Prioritätsstufe beigemessen, dass bereits kurzfristig eine österreichische Stellungnahme zu derartigen Auswirkungen erforderlich wäre. Da dem Aussenministerium überdies bekannt ist, dass das von Univ.Prof. DDr. Hummer im Auftrag der Südtiroler Landesregierung auszuarbeitende umfassende Gutachten über die Südtirol-Autonomie sich mit diesem Fragenkreis beschäftigt und in Kürze vorliegen wird, ist im Interesse ökonomischer Arbeitsabläufe im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten vorgesehen, eine umfassende Analyse zu diesem Thema nach Erscheinen dieser Studie zu erstellen.

Zu 3: Schwachstellen des Paketes im Lichte der EG-Problematik können derzeit nicht gesehen werden.

Zu 4: Die Frage allfälliger zusätzlicher Verhandlungen mit Italien würde gegebenenfalls rechtzeitig geprüft werden.

Der Bundesminister
für auswärtige Angelegenheiten:

